

Plenum 3.12.2008 DA zur Breitbandversorgung

Jahrelang haben SPD und GRÜNE hier im Landtag Anträge gestellt, um die Breitbandversorgung in Bayern voranzubringen. Wir haben ganz konkrete Realisierungs- und Finanzierungswege aufgezeigt und eingefordert, wie sie in anderen Bundesländern längst Übung waren. Jahrelang haben Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion im Landtag all unsere Initiativen niedergebügelt. Laufend wurde erklärt, bei der Breitbandversorgung handle es sich nicht um eine öffentliche Aufgabe. Selbst der Bedarf wurde in Frage gestellt, also das Verlangen nach einer besseren Breitbandversorgung.

Ich zitiere den damals als Wirtschaftsminister zuständigen Erwin Huber: *„Die Bereitstellung von Breitbandanschlüssen ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Aufgabe der privaten Anbieter. Anhaltspunkte, die auf ein Versagen des Marktes hinweisen und staatliche Subventionen rechtfertigen könnten, sehe ich nicht.“* (3. Juli 2006, IHK-Symposium) *„Ich setze als Marktwirtschaftler auf eine marktwirtschaftliche Lösung. Wenn die Nachfrage da ist, stellt sich die Frage nach Subventionen nicht“* (Staatszeitung 23.03.2007). Bestritten wurde auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme von EU-Mitteln, obwohl eine solche beispielsweise in Oberösterreich, aber auch in Rheinland-Pfalz längst praktiziert wurde.

2007 gab es dann das famose Aktionsprogramm „Information, Beratung und Koordination“, ausgestattet mit sage und schreibe 500.000 Euro.

Das Jahr 2008 war bekanntlich Wahljahr, also kam es endlich zum Paradigmen-, ja Ideologiewechsel bei CSU und Staatsregierung. Das aktuelle Förderprogramm wurde aufgelegt, ausges-

tattet mit 19 Millionen Euro, davon dreimal, also auf drei Jahre, drei Millionen Euro aus freistaatlichen Mitteln. Der Bedarf liegt selbstverständlich viel, viel höher, Schätzungen gehen von einem ordentlichen dreistelligen Millionenbetrag aus.

Jetzt können wir staunend nachlesen in der CSU-FDP-Koalitionvereinbarung: „*Wir wollen die schnelle Internetverbindung in unversorgten Gebieten innerhalb der nächsten drei Jahre sicherstellen.*“ Das ist ambitioniert, vor allem auch im Hinblick auf die eben genannte Mittelausstattung.

Wir begrüßen die Berichtsanträge von FW und FDP, müssen allerdings festhalten, dass wir schon viel weiter sein könnten und auch sein müssten.

Dem Antrag der CSU werden wir nicht zustimmen, schon allein deshalb, weil hier gefordert wird, *die Akzeptanz von Funklösungen zu verstärken*. Das BfS, das Bundesamt für Strahlenschutz, mahnt weiterhin einen vorsichtigen Umgang mit allen auf der Mikrowelle basierenden Funktechniken an, fordert weiterhin eine möglichst geringe Strahlenbelastung. Dies doch sicher nicht ohne Grund.

Aber zur grundsätzlichen Einordnung und Kommentierung des CSU-Antrages: jetzt soll alles ganz schnell gehen. *Unterversorgung* und *Wettbewerb* sind die Schlagworte. Ja wo waren Sie denn all die letzten Jahre, weshalb haben Sie denn stets alle Lösungen zur besseren Versorgung blockiert und hintertrieben?

Keine Verzögerung im Verwaltungshandeln lautet eine Forderung im heutigen CSU-Antrag. Das wäre wünschenswert, allerdings wären dann auch die eingestellten Fördermittel gleich weg. Vor allem gilt es jetzt, die diffusen Auftritte und diffusen Auskünfte seitens der Ministerialbürokratie zu beenden. Da wird Bürgermeistern zum Beispiel erzählt, sie dürften sich nicht finanziell

an einem DSL-Anschluss beteiligen wegen der fehlenden Technik-Neutralität. Dass solches, heißt die Forderung nach technikkneutral, für das freistaatliche Förderprogramm gilt, ist einleuchtend, aber doch nicht für kommunales Engagement.

Infrastrukturversorgung ist eine öffentliche Aufgabe. Gleiches gilt für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Viel zu lange haben CSU und Staatsregierung geschlafen und blockiert. Sie haben damit dem Wirtschaftsstandort Bayern geschadet. Wir hoffen, ja wir fordern Sie auf, dass Sie jetzt endlich aktiv werden. Dazu gehört eine gescheite Förderung. Dazu gehört die Schaffung der Möglichkeit, dass Kommunen, die in Vorleistung gehen, ihre Ausgaben bei Neuausweisungen gegebenenfalls über Erschließungsbeiträge zurückholen dürfen.

Es bedarf endlich einer konzertierten Aktion. Von daher ist die Begrifflichkeit im Antrag der FW - *Masterplan* - gar nicht so dumm. Aber es reichen jetzt nicht nur Pläne und Berichte, nein jetzt muss endlich gehandelt werden.

Danke